

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen  Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die graphische und papierverarbeitende Industrie

22. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.
monatlich 20 Pf. ohne Postgebühr

Berlin, den 6. Februar 1925

Erscheint vierzehntägig Samstags
Einzelnnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 3

11. Kongreß der christlichen Gewerkschaften

Gemäß Beschluß des Ausschusses des Gesamtverbandes findet in diesem Jahre der 11. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands statt. Der Kongreß tagt am **24., 25., 26. und 27. April in Dortmund.** Tagungsort „Kronenburg“.

Tagesordnung:

1. Eröffnung; Wahl der Kongreßleitung und der Kommissionen.
2. Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes.
3. Die christlichen Gewerkschaften und die Gestaltung des deutschen Volkslebens.
4. Die Ordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.
5. Lage und Aufgaben der deutschen Wirtschaft.
6. Die deutsche Sozialpolitik in Vergangenheit und Zukunft.
7. Das Wohnungs- und Siedlungswesen.
8. Grundlagen und Wege des gewerkschaftlichen Bildungswesens.
9. Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge; Wahlen zum Ausschuß des Gesamtverbandes.

Anträge zum Kongreß müssen bis spätestens 20. März bei der Hauptgeschäftsstelle des Gesamtverbandes eingegangen sein. Anträge können gestellt werden von den Vorständen oder Generalversammlungen der einzelnen Verbände, deren Zahlstellen und den Orts- und Bezirkskartellen der christlichen Gewerkschaften.

Die konfessionellen Standesvereine und wir

Die Notwendigkeit engen Zusammenarbeitens der konfessionellen Standesvereine mit den christlichen Gewerkschaften ist klar erkannt und von den leitenden Männern und Frauen beider Bewegungen immer wieder betont worden. Leider hat diese Erkenntnis noch nicht in genügendem Maße bis in die Mitgliederkreise auf beiden Seiten durchdringen können. In erschreckendem Umfang muß immer wieder die Erfahrung gemacht werden, daß Arbeiter und Arbeiterinnen aller Berufe ihre Zugehörigkeit zum konfessionellen Standesverein mit ihrer Mitgliedschaft in den religions- und kirchenfeindlichen sogenannten „freien“ Gewerkschaften vereinbaren. Fast jedem einzelnen von uns werden diese Dinge bekannt sein. Viele werden auch ein Liedchen davon singen, mit welchen Argumenten die falschorganisierten ihre Zwiespältigkeit verteidigen.

Es ist zwar richtig, daß sich die freien Gewerkschaften „einzustellen“ verstehen. Das heißt, ihre religionsfeindliche Einstellung wird da geschickt bemäntelt, wo es die religiöse Einstellung der Arbeiterschaft ratfam erscheinen läßt. Aber dort, wo man weniger Rücksichten auf diese Dinge zu nehmen hat, tobt sich diese grundsätzliche Einstellung gegen Religion und Kirche ungehindert aus.

Eben diese verschiedene Einstellung in den verschiedensten Gegenden macht es so schwierig, allen, die hier für die Erhaltung und Förderung ihres christlichen Glaubens eintreten, auf der anderen Seite aber Mittel für diese Bekämpfung aufbringen, es klar zu machen, wie wenig konsequent sie eigentlich handeln.

Dieser aufklärend und belehrend zu wirken, muß eine unserer wichtigsten Aufgaben sein. Letzten Endes nicht deshalb, um Mitgliederfang zu treiben, sondern es geht um höhere Werte. Christliche Gewerkschaften und konfessionelle Standesvereine sollen einander ergänzen. Was diese für das seelische, geistige Leben des Arbeiters sein wollen, wollen jene auf der Grundlage christlich-sozialer Ideen für das wirtschaftliche Wohlbefinden des einzelnen errichten. Gerade diese

Einstellung ist es ja, die die christliche Gewerkschaftsbewegung von der freien trennt. Dort eine rein materialistische Lebensauffassung, hier das Bestreben, auf dem sozialen Gehalt des Christentums aufbauend, allen Menschen ein würdiges Dasein zu schaffen. Diese verschiedene grundsätzliche Einstellung bedingt natürlich auch grundverschiedene Wege zur Erreichung des Endzieles. Der Weg der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist durch die grundsätzliche Einstellung ohne weiteres gegeben. Anders bei den freien Gewerkschaften. Klar gezeichnet wird er dort, wo man unverhohlen die Brüderlichkeit mit der Sozialdemokratie fund tut. Bei Wahlen usw. wird in aller Offenheit den Mitgliedern der Gewerkschaften nahegelegt, nur für die sozialistischen Kandidaten zu stimmen. Denn nur sie sind diejenigen, die angeblich für die Interessen des werktätigen Volkes eintreten. Also man nennt sich „frei“ und geht durch die und dünn mit der grundsätzlich klassenkämpferisch eingestellten Sozialdemokratie. Es ist nun nicht etwa gelegentliche Waffenbrüderschaft dieser beiden Organisationen, sondern das Wort, was oft genug von den hervorragenden Führern der Sozialdemokratie geprägt worden ist: „Wir und die Gewerkschaften sind eins“, bewährt sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit. In einer Beziehung muß man allerdings der Sozialdemokratie mehr Ehrlichkeit zuerkennen als den freien Gewerkschaften. Sie versuchen ihre religions- und kirchenfeindliche Einstellung niemals zu bemänteln, sondern erklärt diese überall in voller Offenheit. Die freien Gewerkschaften tun es nicht.

Es gibt also absolut keine Brücke vom konfessionellen Standesverein zu den „freien“ Gewerkschaften. Wo sie scheinbar besteht, ist es nach dem vorher Gesagten eben nur ein Schein. Das muß den Kollegen, die sich noch immer von diesem Schein blenden lassen, mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Ist diese Aufklärungsarbeit naturgemäß Aufgabe der örtlichen Gewerkschaftskartelle, so muß doch auch die einzelne Berufsgruppe und jeder von uns mitarbeiten. Wie überall, wird auch hier die persönliche Bearbeitung die größten Erfolge erzielen. Daneben muß aber immer wieder versucht werden, diesbezügliche Vorträge

und Ausreden im Versammlungsleben der Vereine zu arrangieren. Unsere Zeitungen, Broschüren und Flugblätter müssen den Vereinsmitgliedern zugänglich gemacht werden. Gelegentliche Einladungen zu besonderen Veranstaltungen werden ihr übriges tun, die Kollegen zum Nachdenken anzuregen. Nur zielbewußte Aufklärungsarbeit in dieser Form wird uns vorwärts bringen.

Berlin.

Erwin Preis.

Sind die freien Gewerkschaften neutral?

Die freien Gewerkschaften behaupten von sich, sie seien religiös neutral. Ihnen könnten infolgedessen ohne Gewissensbedenken auch jene Arbeiterinnen und Arbeiter angehören, die auf positiv christlichem Boden stehen.

Diese Behauptung ist unwahr und schon oft widerlegt worden. Die beste Widerlegung ist die Existenz der christlichen Gewerkschaften in Deutschland. Man hätte die christlichen Gewerkschaften sicherlich nicht unter den größten Schwierigkeiten Ende der 90er Jahre ins Leben gerufen, wenn die freien Gewerkschaften ihrem nach außen zur Schau getragenen Charakter in der praktischen Arbeit getreu geblieben wären. Das aber wollte und konnte man nicht.

Besonders gelegentlich der hohen Festtage wird jahraus jahrein das christliche Empfinden benutzt und in größtmöglicher Weise verkehrt. Das nennt man dann hinterher religiöse Neutralität. Mit der Erziehung ihrer Mitglieder zu Antichristen sehen neuerdings die freien Gewerkschaften recht frühzeitig ein. Der Buchdruckerverband liefert dafür einen Beleg. Er gibt für seine Lehrlingsabteilung vierzehntägig die Zeitschrift „Jungbuchdrucker“ heraus. In einem Weihnachtsartikel (Nr. 24, 1925) redet man nun wie folgt zu den jungen Leuten von 14 bis 18 Jahren:

„Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen, wurde euch das nicht schon in der Schule gelehrt? Und daß ein Erlöser kommen werde? Jugend! Der Erlöser bist du selbst! Und deine Weihnachtsbotschaft soll lauten: Nie wieder Krieg!“

Soll eine solche Sprache etwa Inhalt und Auswirkung der sozialistischen Grundsätze sein, von denen Bernhard Göring in der Zeitschrift des ADGB, „Die Arbeit“ (Dezember 1925) meint, daß sie keineswegs im Gegensatz zur religiösen Überzeugung jedes einzelnen stehen?

Noch ein anderer Vorgang als Beweis für den wahren Charakter der freien Gewerkschaften ist höchst bemerkenswert. Neuerdings hat die Zentrale der freien Gewerkschaften das von dem Hamburger Pfarrer St. a. g. bearbeitete „Neue Testament“ unter ihre Verlagsmerke aufgenommen. Dieses Vorgehen glossiert die Breslauer „Volkswacht“, das Organ des Reichstagspräsidenten Löbe mit folgendem Erguß:

„Wir glauben, daß religionswissenschaftliche Bücher so ziemlich das letzte sind, was die Arbeiterschaft zur wirklichen Erleuchtung für den Kampfsampf benötigt. Wobei noch zu bemerken wäre, daß das „Neue Testament“ alles andere denn ein wissenschaftliches Buch darstellt. Dieses Buch fördert nicht Wissen, sondern Glauben. Der Geist, den es atmet, ist der Geist der Unterwerfung unter die Ausbeutung. Für das Ertragen allen Elends der Unterdrückten auf Erden wird ein Wechsel auf die Zukunft des Himmels, ausgestellt. Ueber die verhängnisvolle Rolle, die der Bibelglauben spielt, weiß doch ganz besonders der ADGB, ein Lied zu singen. Man bleibe der Arbeiterschaft mit solchen „wissenschaftlichen“ Erzeugnissen vom Hals, die sie gar nicht verlangt und in überwältigender Mehrheit sich auch verbittet.“

Inhalt und Auswirkung sozialistischer Grundsätze sind hier klar gekennzeichnet. Weder der Sozialismus noch die freien Gewerkschaften stehen der Religion neutral gegenüber. Es trifft also nicht zu, daß der Sozialismus sich mit jeder Religion verträgt, die es zuläßt, daß in der Wirtschaft der Mensch im Mittelpunkt steht.

Das Verbandsorgan des freien Tabakarbeiterverbandes brachte in der Weihnachtsnummer 1925 einen Artikel: „Der Menschheit Erlösung“, aus der Jeder eines freireligiösen Pfarrers E. Felden, Bremen, in dem nach freireligiösem Muster unter bewußter Ausgestaltung jedes christlichen Gehaltes zum Weihnachtsfest Stellung genommen wurde. Zugleich wird die Darwinistisch-Darstellung der Entwicklung des Menschen aus dem Tierreich als etwas Selbstverständliches vorgetragen. Wir geben nachstehend Stellen aus dem Artikel wieder:

„Wir hören an diesem Tage (Weihnachten) reden und singen von Liebe und Frieden und Erlösung. Und jeder sucht jedem, den er liebt, Liebes zu erweisen. Ist nicht die grüne Tanne der Liebe und der Hoffnung Sinnbild? Und die Lichter das Sinnbild des Himmelslichtes, des neugeborenen, das dem Menschen ein Erlöser aus Wintersnot war? Denn Winter bedeutete den Alvordern Elend und Grauen, Nacht und Kälte, Not und Tod. Aber die Winterjohannnen, die freudig gefeiert wurde, war ihnen der Beginn der Erlösung aus der Nacht finsterner Mächte, die Gewalt über die Menschen erlangt hatten und nun langsam ihrer Herrschaft beraubt wurden. Sie war ihnen die Geburt des Erlösers, des Sonnenhelden, der ihnen als die Verfürperung der sich selbst schenkenden und spendenden Liebe erschien.“

„Als die Menschen noch in Herden zusammenlebten, war ihr Selbsterhaltungstrieb identisch mit dem sozialen Trieb. Nur so konnte sich der Mensch der Tierheit entwinden, nur so konnten Sprache und Gesittung entstehen. Treue, Aufopferung und alle Tugenden eines sozialen Gebildes sind natürlich gewordene Früchte des sozialen Triebes, geübt im Treibhaus der gesellschaftlichen Entwicklung.“

„Der Aufstieg der Menschheit aus tierischem Sein in das Menschentum hinein ist diese langsame Erlösung. Diese Erlösung ist die Folge des Zusammenarbeitens aller gesunden Elemente der Menschheit, aller derer, die bewußt oder unbewußt dem sozialen Trieb in sich selbst folgen, der menschlichen Form des Selbsterhaltungstriebes. Sie ist die langsame Befreiung aus den Fesseln des Nichtwissens und Aberglaubens.“

„Winterjohannnen werden Wirklichkeit in unseren Reihen! Laß in uns den Erlöserwillen geboren werden!“

Von christlichen Weihnachtsgebeten findet man hier keine Spur. Sie werden bewußt verschwiegen. Nicht aus Liebe, sondern aus innerster Feindschaft gegen das Christentum. Den Mitgliedern wird die Wahrheit vorenthalten. Sie sollen unwissend bleiben, soweit sie es sind. Warum? Nun, in dem Artikel wird das ganz deutlich beraten mit der Nebenbemerkung: „Nichtwissen erzeugt Faß, und dieser ist der Vater des Todes.“ Ganz offen vertritt man eine unheimliche Auffassung über das christliche Weihnachtsfest.

Die Beispiele wie man das Christentum bekämpft, könnten beliebig vermehrt werden. Es geht einfach nicht mehr an, ein überzeugter Christ zu sein und auf der anderen Seite den freien Gewerkschaften selber zur Bekämpfung des Christentums zur Verfügung zu stellen. Entweder das eine oder das andere!

Die Wirtschaftskrise

Noch immer steigt die Zahl der Erwerbslosen. Gegenwärtig beträgt sie rund 2 Millionen, worin allerdings nur die Bezüge der Erwerbslosenunterstützung enthalten sind. In Wirklichkeit ist die Zahl noch

höher. Nicht minder groß wie die Zahl der völlig Erwerbslosen, dürfte die Zahl der Kurzarbeiter sein. Die Arbeitslosigkeit ist allerdings sowohl in den Jahren nach dem Kriege wie in früheren Zeiten der Wirtschaftskrise schon größer gewesen. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Jahren ließ indes die Hoffnung zu, daß wir nunmehr von stärkeren Rückschlägen verschont blieben und ein möglichst gradliniger, wenn auch langsamer, wirtschaftlicher Aufstieg uns beschieden sein würde.

Auf Arbeitgeberseite ist eine Wirtschaftskrise schon seit längerer Zeit angekindigt worden. Da aber zu viele Arbeitgeber aus verständlichen Gründen nur schwarz in schwarz sehen, konnten deren Verlautbarungen nur mit dem notwendigen Mißtrauen aufgenommen werden. Die Entwicklung der Erwerbslosigkeit deutet in zahlreichen Fällen auch darauf hin, daß sie weniger ein Ergebnis wirtschaftlicher Mängel, als ein Ausfluß des Willens der Arbeitgeber ist, den Arbeiter zu zeigen, daß man mit der Ankündigung einer Wirtschaftskrise recht hatte. Die Ausnutzung der Notlage der von der Erwerbslosigkeit bedrohten Arbeiter, d. h. der Druck auf den Arbeitslohn, ist dabei das Wesentliche. Dafür liegen auch schon im Buchdruckgewerbe Beispiele vor. Es wird sich empfehlen, allenthalben, wo Arbeitslosigkeit vorhanden, nachzuspüren, ob diese in ihrer Auswirkung auf die einzelnen Betriebe nicht ganz oder zum Teil eine künstlich gewollte ist.

Sieht man indes von der künstlich herbeigeführten oder künstlich gesteigerten Erwerbslosigkeit ab, so wird man trotzdem nicht verkennen können, daß wir in einer wirklichen Krise unserer Wirtschaft stehen. Diese Krise ist eine natürliche Folge wirtschaftlicher Irrungen und Verwirrungen der Vergangenheit. Die Aufblähung des Verwaltungs- und Warenverteilungsapparates, die damit in Verbindung stehende Ueberhebung der Preise, die durch unzureichende Entlohnung der produktiv tätigen Arbeiterschichten herbeigeführte Verschlechterung der Inlandkaufkraft — alles das verlangt jetzt Beseitigung. Die deutsche Wirtschaft muß in ihren Grundlagen wieder gesund werden, wenn sie weiter blühen soll. In etwa kann man deshalb von einer Gesundungsphase der deutschen Wirtschaft reden. Ueberzählige und schwache Existenzen, die ihr Dasein nur auf Kosten anderer fristen können, werden herausgedrängt. Wir sehen die Zahl der Konkurse wachsen. Und nur Betriebe werden sich behaupten können, die gewillt sind, scharf zu kalkulieren, die allgemeinen Geschäftsunkosten auf ein Mindestmaß zu beschränken. Noch sind wir freilich nicht so weit. Trotz der Warnungsschreie erkennen zahlreiche Betriebe noch nicht die Notwendigkeit an, sich von dem Ballast hoher, unproduktiver Ausgaben zu befreien. Zunächst glaubt man auf Kosten der Arbeiter den Betrieb „sanieren“ zu müssen. Die Entwicklung wird jedoch ihren Weg weiter gehen und dazu zwingen, auch sonst „abzubauen“.

Es handelt sich jedoch nicht nur um eine Gesundungsphase, die recht bald die ungeunden Elemente in der Wirtschaft ausmerzt. Leider muß man damit rechnen, daß die Krise länger dauern wird und nur allmählich zu beheben ist mit der Schaffung neuer Grundlagen für die deutsche Volkswirtschaft. Der deutschen Wirtschaft fehlt vor allem flüssiges billiges Kapital. Jede amerikanische Anleihe bedeutet bei der hohen Zinslast nicht nur einen Druck auf die Löhne, sondern auch eine Einschränkung der Kreditgewährung der deutschen Wirtschaft an ihre ausländischen Kun-

den. Die ausländische Industrie ist bei dem Kapitalmangel der deutschen Wirtschaft in der Konkurrenzmöglichkeit weit voraus; wozu als erschwerender Umstand dann noch die Tatsache kommt, daß Deutschland in der Produktionsverbilligung sehr zurückgeblieben ist. Berücksichtigt man weiterhin die aus dem Friedensvertrag auf der deutschen Wirtschaft ruhenden besonderen Lasten und die seitigerer Abfederung für deutsche Produkte durch Verhinderung der Einfuhr in andere Länder, so wird man immerhin annehmen müssen, daß die Krise nicht nur von kurzer Dauer sein kann.

Die Mittel zur Hebung der Wirtschaftskrise ergeben sich aus der Erkenntnis der Ursachen. Was wir brauchen, ist u. a. eine bessere Anpassungsfähigkeit der deutschen Unternehmungen; billigere Produktion, insbesondere durch Ausschaltung unproduktiver Belastung; schärfste Kalkulation und geringe Gewinnspannen; Wehrung des mobilen Kapitals durch eigene Sparnisse des deutschen Volkes und nicht zuletzt Ordnung auf dem Weltmarkt, d. h. eine andere Wirtschaftspolitik derjenigen Staaten Europas, die sich im Kriege gegenüberstanden.

Wenn die Arbeiterschaft eine gesunde deutsche Wirtschaft will, muß sie sehr viel an vorläufiger Erwerbslosigkeit in Kauf nehmen. Wo nicht mehr zu haltende Unternehmungen liquidieren, wird die Arbeiterschaft mitbetroffen. Daran ist nichts zu ändern. Vorzüge ist hingegen zu treffen, daß die von der Erwerbslosigkeit betroffenen Menschen nicht in Not und Elend zugrunde gehen. Die Erwerbslosenunterstützung schützt nur recht und schlecht vor dem letzten Notwendig erscheint dazu die ausreichende Beschaffung von Notstandsarbeiten.

Wertvoller als Not zu lindern, ist die Vorbeugung der Not in der Zukunft. Hier lastet auf den deutschen Unternehmern eine schwere Verantwortung. Sie haben bisher allein bestimmt und die Arbeiterschaft nicht als gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsleben anerkannt. Infolgedessen fällt alle Verantwortung für die Irrgänge der deutschen Wirtschaft und für die Krise, in der wir heute stehen, auf die Unternehmer. Eine Entlastung von den Fehlern der Vergangenheit zu erreichen, wird für sie nur möglich sein, wenn sie die Wunden, die sie selbst geschlagen, heilen helfen und für die Zukunft Garantien schaffen, für einen mitbestimmenden und daher auch mitverantwortlichen Einfluß der deutschen Arbeiterschaft auf die deutsche Wirtschaft.

Jedem eine gesunde Wohnung!

Der unermüdlige Wortkämpfer der deutschen Bodenreform, Adolf Damaschke, sagte einmal in Vorkriegszeiten mit Recht, daß neben dem Wohnungsüberschuß die elendeste Wohnungsnot stehe. Trotz vieler leerstehenden Wohnungen hatten wir auch schon vor 1914 eine Wohnungsnot insofern, als sehr viele Familien die eigentliche für sie angemessenen gesunden Wohnungen einfach nicht bezahlen konnten. Heute wiederholt sich der gleiche Vorgang. Die Wohnungsgenossenschaften bauen mit idealer Begeisterung Häuser und Heimstätten. Aber nur wenige Menschen können den Kaufpreis oder die durch die Erstellungskosten bedingte Miete erschwingen.

Ganz gesunde Leute, insbesondere solche, die ein Interesse daran haben, glauben aus der eben gezeichneten Tatsache eine Bestätigung dessen zu finden, was sie gern möchten. Wir hätten gar keine Wohnungsnot.

Vom Sinn der Gewerkschaft

Bist du organisiert, lieber Freund? Ja, ich sehe das von dir voraus. Ich kann mir nicht helfen, ich muß den unorganisierten Arbeiter für nicht vollwertig ansehen. Wie aber hast du dich für die Organisation genommen lassen? Was hat damals in der Agitationsrede des Gewerkschaftssekretäres den tiefsten Eindruck auf dich gemacht, daß du den Entschluß faßtest: „Gut, ich werde also auch meinen Beitritt erklären.“ —?

Das ist gar keine so mühsige und gleichgültige Frage, wie es für den Augenblick scheint. Es ist die Frage, ob du den Entschluß mit dem Kopfe oder auch mit dem Herzen gefaßt hast; ob du nun bloß mit dem Kopfe, mit der kalten, nüchternen Berechnung, oder auch mit deinem Herzen, das heißt mit deiner Liebe bei der Bewegung dabei bist; ob du dir bloß einen Vorteil davon versprochen hast wie von einem Geschäft, oder ob du ihr im stillen die Treue gelobt hast wie der Mann seinem Weib und der Vater seinen Kindern.

Auf die erste Sorte von Mitgliedern kann sich die Gewerkschaft eigentlich nur schlecht verlassen. Es sind diejenigen, die in der Gewerkschaft bloß eine Interessensvertretung sehen, so ähnlich wie die Gewerkschaften in der Aktiengesellschaft. Weil ein Geschäft zu machen ist, sind sie dabei. Wenn keines mehr zu machen ist, so machen sie sich mit ihrem Kapital aus dem Staube. Winkt ihnen ein höherer, besserer Gewinn in einer andersgearteten Aktiengesellschaft, müssen wechseln sie dort hinüber, und ihretwegen kann nun die andere der Teufel holen.

Die andere Sorte aber sieht in der Gewerkschaft etwas ganz anderes: der Gedanke, daß die Arbeiterschaft zusammenstehen muß, sich gegenseitig zu helfen

und zu fördern, daß in der Gewerkschaft echte Bruderverliebe ihre Form und ihre äußerliche Gestalt gefunden hat, beherzigt sie. Sie sehen die Gewerkschaft so ähnlich wie etwa die Menschen des Mittelalters ihren Dom: den haben sie nicht gebaut, um daran Geld zu profitieren, um ein Gebäude für den Alltag dahinzustellen und für die Bedürfnisse eines Augenblicks; das war vielmehr der lebendige Ausdruck des Gefühls der Verbundenheit, daran haben sie alle freudig mitgearbeitet, und jeder hat sein bestes Teil dazu beigetragen.

Die Gewerkschaft ist für diese deshalb auch etwas Hohes und Großes. In der Gewerkschaft wollen sie einer Idee dienen und an deren Verwirklichung mitarbeiten. Als die Stadt des 13. Jahrhunderts aufrief zum Bau des Domes, da hat sie gesagt: „Hier soll ein Gotteshaus werden.“ Der Baumeister hat geantwortet, wie das Gotteshaus werden sollte. Ein klares Bild des Gotteshauses hat er den Leuten vor die Seele gestellt und gefragt: „Wollt ihr mitkufen?“ Und die Antwort ist dann erfolgt durch die Tat; es ist eine Ergreifendheit und Begeisterung in ihnen gewesen, daß niemand sich hat entgegen setzen können, und daß jeder ergreifen gewesen ist von der Oberfläche für das gewaltige Werk. Sie haben Quadersteine in die Grundmauern gesetzt, haben wichtige Pfeiler und Säulen gebohen und herbeigeschleppt, und wenn sie auch denken mußten, daß sie die Vollendung und Einweihung des Baues nicht mehr erleben — was machte das! Das Werk stand trotzdem als ein fertiges vor ihrer Seele und ihre Freude war nicht geringer, weil sie an ihm mitkufen durften. Ja, auf das Mitschaffen kam es an. Sie erzählten: „Wenn es fertig ist, so geht die Welt unter.“

Ist nicht in der Gewerkschaft auch eine Idee verborgen? Gilt es da nicht auch, einen „Dom“ zu

erbauen, ein Haus der Freiheit für den Arbeiterstand und andererseits der Solidarität, der Schicksalsverbundenheit derjenigen, die gemeinsam des Lebens Mühen tragen? Handelt es sich nicht darum, daß der Starke für den Schwachen sein will, und daß der Schwache durch den Starke und durch das Ganze emporgehoben werden soll und wachsen über seine Schwäche hinaus? Ist das nicht ein Gotteswille, daß die Menschen frei sein sollen — anders als die Tier der Wildnis —, d. h. frei in der Verbundenheit des Schicksals? Ist das nicht ein urchristlicher Gedanke? Muß nicht der Geist der Bergpredigt, die Idee der Verbundenheit der Liebe der Gewerkschaft das Leben einhauchen? Muß nicht dadurch die Gewerkschaft eingegliedert werden ins Gottesreich, daß sie ein wichtiges tragendes Fundament dieses Gottesreiches wird, und daß sie ihre Glieder frei macht und ihnen Gelegenheit schafft, Mitträger des Lebens, Mitverantwortliche zu sein?

Ah, Freund, wenn die Gewerkschaft nicht anderes wäre als ein Geschäft, so würde sie eines Tages vielleicht zerfallen wie ein Geschäft, das Bankrott gemacht hat. Erst wenn sie zu der Idee wird, zur Liebe, zur Hingabe und Freude, wenn du dich mit dem Herzen an sie hingibst, wie sie ehedem sich hingaben und mitkufen an den Fundamenten des Domes, so wird sie beständig sein. Gedanken kommen und gehen wie gute und schlechte Laune; Berechnungen sehen heute so aus und morgen so; die Liebe aber ist beständig, wenn sie den geheimnisvollen Bund schließt mit der lebendigen Idee. Steine sind Steine; man tritt sie mit Füßen. Steine als Fundamente eines Domes werden geweiht und nehmen teil an der Weihe des Gotteshauses. Auch Gewerkschaftsarbeit kann heilige Arbeit sein und für dich heiligen Arbeit, wenn sie geweiht ist von Idee und Liebe. Anton Heinen.

Sonst würde man sich doch um die leerstehenden Neubauten freuen. Die Staatsbürger fühlten sich glücklich und geborgen in der Stube, in der sie hauchten. Sie lebten nach dem Grundbesitz: Raum ist in der Kleinsten Mütze, und wenn es eine Gartenlaube oder Bretterbude wäre. Nur ein paar Schreier suchten künstlich die Unzufriedenheit zu nähren. Und die müßten von Staats wegen mundtot gemacht werden.

Zugegeben, daß es arme Menschen gibt, die das Elend so zermürbt, daß sie es selber nicht mehr sehen und empfinden. Aber die sind doch nicht die Allgemeinheit. Und es ist kein Grund vorhanden, daß man sie in ihrer proletarischen Stumpfheit belächelt. Mit einer Masse im Elend verkommen der Hetosen ist kein Staatsgebilde auf die Dauer aufrechtzuerhalten. Darum muß hier schon aus staatsbürgerlichen Erwägungen heraus geholfen werden. Dabei schadet es nichts, wenn dem Durchschnittsbürger, der, auf bebaglicher Scholle sitzend, sich gern vorsagen läßt, daß es auch den anderen Volksgenossen gut geht, immer wieder das Gedächtnis gefräst wird. Schon 1905 hatten wir in Berlin 24 440 überfüllte Wohnungen mit gar keinem oder nur einem heizbaren Zimmer, in dem ständig sechs und mehr Personen wohnten, aßen und schliefen. Im Jahre 1910 halfte der Direktor des Bosen Statistischen Amtes, Dr. Franke, fest, daß in Bosen nicht weniger als 25 302 Personen zu sechs und mehr gemeinsam in einem Raume schliefen. Mehr als der dritte Teil der dortigen Bevölkerung hatte einschließend der Küche nur ein bis zwei Wohnräume. Und heute? Wer da nicht sieht, wie die Not am Wohnraum aus allen Ecken grinst, der will nicht sehen. Wenn man nur die völlig unzulängliche Vorkriegsnotwendigkeit zugrunde legt, dann müssen in den nächsten sieben Jahren im Reich mindestens 1,6 Millionen neue Wohnungen errichtet werden, d. h. im Jahre etwa 225 000 im Reich und in Preußen 130 000 bis 150 000.

Tatsächlich sind im Jahre 1925 nur 70 000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gebaut worden. Die wenigen Bauten aus Eigenmitteln kommen gar nicht in Frage. Und im Jahre 1926 können nach Feststellungen des Preussischen Wohlfahrtsministers nur 40 000 bis 50 000 Wohnungen erstellt werden. Das sind ganz erschreckende Zahlen. Dazu kommt noch die furchtbare Tragik, daß ein Teil der erbauten Wohnungen deswegen nicht bezogen werden kann, weil diejenigen, für die sie errichtet wurden, die Mieten dafür nicht aufbringen können.

Am guten Willen aller Beteiligten hat es sicherlich nicht gefehlt. Aber gerade ihnen gegenüber muß immer wieder betont werden: Alle öffentliche und private Hilfe nützt nichts, solange unser Bodenrecht nicht von Grund auf geändert wird, solange erbärmliche Parasiten den Boden als Schachernware betrachten dürfen, dessen Wert in dem Maße sich freizigt, wie die Rote zunimmt. Es ist ungeheuerlich, auszusprechen zu müssen, daß der größere Teil der Aemtern und Rinderreichen am schwersten drückenden Hauszinssteuer in den Taschen der Bodenspekulanten verchwinder, während der andere Teil von den überbezahlten Baukosten aufgezehrt wird. Hier liegt tatsächlich das Krebsulcer, das zu befeitigen allerhöchste Zeit wird. Entkleidet diese Treiber der rechtlichen Grundlage, erklärt der Boden in irgendeiner tragbaren und gerechten Form zum Allgemeingut, und der wesentlichste Schritt zur Gesundung ist getan. Leider sind die Fälle nicht vereinzelte, in denen die Gemeinden, statt vorbildlich zu wirken, aus finanzpolitischen Gründen die Bodenwucherer noch zu übertrumpfen suchen.

Darüber hinaus müssen billige Kredite für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden, nicht nur die Mietzinssteuer, die restlos ihrem eigentlichen Zwecke zuzuführen ist, sondern auch alle anderen verfügbaren öffentlichen und privaten Gelder. Man sage nicht, wir haben unser Geld zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft und für soziale Wohlfahrtspflege notwendig. Wohnungsbau ist der Schlüssel zur wirtschaftlichen Produktion und vornehmende Wohlfahrt. Wenn die Bauindustrie gut beschäftigt ist, dann florieren auch alle anderen Gewerbezeige, hebt sich die Produktion, schwindet die Arbeitslosigkeit. Erhaltung der Gesundheit ist immer noch besser und billiger als die immerwährende Bezahlung der hohen Arzneirechnung.

Volkswirtschaft — Sozialpolitik

Aus der Sozialversicherung. Die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge können jetzt für das ganze Reichsgebiet einheitlich bemessen werden. Vom 1. Februar 1926 ab beträgt der Beitrag 3 Prozent des Grundlohnes (nach dem die Krankentassenbeiträge errechnet sind), wovon 1 Prozent der Reichsausgleichskasse zuzuführen, während der Rest den örtlichen oder bezirklichen Stellen zur Verfügung steht. — Annahmer sind auch die Angestellten mit einem Jahreseinkommen von 2700 bis 6000 M. in die Erwerbslosenfürsorge einbezogen. Diese haben ihre Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge vom 1. Januar 1926 ab zu zahlen. Der Beitrag wird in jedem Falle von einem 25 M. monatlich betragenden Einkommen berechnet. Es sind gegenwärtig also monatlich 6,75 M. zu zahlen, wovon Arbeitnehmer und Arbeitgeber je die Hälfte zu tragen haben.

Grenzen des Sparens. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ brachte unlängst in ihrer Wochenrund-

schau bemerkenswerte Ausführungen über die zwei Seiten des Sparens. „Wenn die sechzig Millionen Deutsche sich jetzt alleamt und mit Begeisterung aufs Sparen verlegen, wenn sie keine Schuhe kaufen, so lange noch ein Absatz dran ist und das Lederwerk noch notdürftig zusammenhält, wenn sie ihre Wohnungen nicht mehr heizen, sich nicht mehr ordentlich kleiden, wenn sie mit allen anderen Lebensbedürfnissen aufs äußerste knappen — wo soll dann die Arbeit für das Gewerbe und die Industrie herkommen?“ — Man muß dieser Darstellung zugute lassen, daß sie um „große Gefahren“ erscheinen zu lassen, stark übertriebt. „Wenn“ die sechzig Millionen Deutsche? Ja „wenn!“ Wie stellt sich die Wirklichkeit dar? Das gesamte Friedensparcapital betrug in der Vorkriegszeit rund 22 Milliarden Mark. Es hatte sich durch jahrzehnte Spartätigkeit allmählich auf diesen ansehnlichen Betrag zusammenbringen lassen. In der gleichen Zeit hatten wir, von Schwankungen abgesehen, eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Es wurden Schuhe gekauft, Wohnungen geheizt, man kleidete sich ordentlich und andere Lebensbedürfnisse wurden auch befriedigt. — also Gewerbe und Industrie hatten Arbeit. Trotzdem 22 Milliarden Mark Spareinlagen. Nehmen wir für die Vorkriegszeit bei einem jährlichen Volkseinkommen von 43 Milliarden Mark eine Zunahme der Spareinlagen von durchschnittlich einer Milliarde im Jahre, so ergibt sich, daß doch ein ganz erheblicher Teil des Volkseinkommens direkt zur Befriedigung der Bedürfnisse Verwendung fand. Nur der 43. Teil fand den Weg über die Sparinstitute in die Wirtschaft hinein. Nach den neuesten Zahlen über die Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen betragen diese Ende Oktober vorigen Jahres 1461,8 Millionen Mark. Auch diese Zahlen beweisen, daß nicht die sechzig Millionen Deutsche alleamt und mit Begeisterung sich aufs Sparen verlegt haben. Sodann muß beachtet werden, daß die Befriedigung gewisser Bedürfnisse überhaupt erst bei entsprechender Sparfamkeit möglich ist. Eine zeitlang müßten die Gelder angesammelt werden, um sie erst dann verwenden zu können. Im Oktober 1925 standen den Einzahlungen von Spargeldern bei den deutschen Sparkassen in Höhe von 250,5 Millionen Mark Rückzahlungen gegenüber von 169,5 Millionen. Diese letztere Summe wurde also wieder direkt aus den Spareinlagen der Wirtschaft zugeführt. Für die wertigste Bevölkerung ergibt sich ohne weiteres die Notwendigkeit sorgfältiger Spartätigkeit, wenn daran gedacht wird, wie die Mittel für besondere Anschaffungen, für die Befriedigung besonderer Bedürfnisse aufgebracht werden sollen. Deshalb tut man gut, immer wieder die Vorgänge im Sparwesen in den Vordergrund zu rücken. Für die Arbeitnehmerbewegung kommt erst recht die Pflege des berufständlichen Sparverkehrs in Frage. Für die christlich-nationale Arbeitnehmergesellschaft findet der berufständliche Sparverkehr seine vornehmste Pflege durch ihre Deutsche Volksbank.

Kapitalbildung in Deutschland. Die Denkschrift der Reichskreditgesellschaft enthält lehrreiche Ansätze zur Beurteilung der deutschen Kapitalbildung im Jahre 1925. Der Vermögenszuwachs aus deutscher Produktion und Wareneinfuhr im Jahre 1925 wird auf 9,5 Milliarden Goldmark geschätzt, woraus die Summe der Kapitaleinfuhr im Betrage von 4,1 Milliarden abzugelen ist. Demnach verbleiben als Neubildung von Eigenkapital 5,4 Milliarden Mark. Wenn man die Neubildung von Eigenkapital 1913 für das alte Reichsgebiet nach heutigen Werten umrechnet, ergibt sich zwar eine viel höhere Summe, nämlich 11,6 Milliarden Goldmark. Zu dieser Zeit war aber eine aktive Zahlungsbilanz vorhanden. Trotzdem kann der Vermögenszuwachs von 9,5 bzw. 5,4 Milliarden Mark für 1925 als verhältnismäßig hoch angesehen werden. Der Vermögenszuwachs von 9,5 Milliarden verteilt sich auf die einzelnen Posten folgendermaßen: Für neue Wohngebäude 1,3 Milliarden, für öffentliche Gebäude und Wirtschaftsgebäude 1,2, für Anlagen der Post, Eisenbahn und sonstiger Verkehrsmittel eine Milliarde, für Erneuerung und Erweiterung der Betriebe, sowie Erhöhung der Lagerbestände, einschließlich der Vorräte der letzten Verbraucher 6 Milliarden. Vor allem ist die Höhe der Lagerbestände bemerkenswert. Diese Ziffer konnte zustandekommen, weil Produktion und Verbrauch die Vorkriegeshöhe fast erreicht hatten, ohne Herabsetzung des Preisniveaus. Dies war aber nur möglich, weil der Wirtschaft — trotz sehr flüchtiger Geldknappheit — trotzdem bedeutende Zahlungsmittel zugeführt wurden. Der Geldumlauf betrug 1913 6 Milliarden, Ende 1925 fünf Milliarden und zeigte seit der Stabilisierung eine erhebliche Vermehrung. Deswegen war der Jahreszuwachs an Bankgeldern und Wechseln verhältnismäßig groß; des weiteren wurden umfangreiche ausländische Anleihen gewährt und ausländische Wertpapiere und Devisen aus inländischem Besitz verkauft. Die Gesamtsumme dieser Kapitalzufuhr wird in der Denkschrift auf 4,1 Milliarden angeschlagen, wovon eine Milliarde auf ausländische Anleihen in diesem Jahre entfällt. In der Denkschrift der Reichskreditgesellschaft wird darauf hingewiesen, daß die weitere Steigerung der Zahlungsmittel aus den erwähnten Quellen in der bisherigen Höhe unwahrscheinlich ist, weshalb mit einer Verlangsamung der Produktion für den inneren Bedarf zu rechnen sei. Nur bei den Einlagen der Sparkassen, die auch als Anlagen in die

Produktion fließen, kann man mit einer beständigen Steigerung rechnen.

Die Preise müssen fallen! Ueberall finden jetzt Inventurausverkäufe statt. Die Preise liegen zum Teil erheblich unter denen des Weihnachtsmarktes. Deswegen ist der Andrang der Käufer groß. Diese Tatsache zeigt auch, daß wir keineswegs an einer Warenüberfüllung der Konsumenten leiden. Im Gegenteil zeigt die starke Nachfrage bei herabgesetzten Preisen den großen Bedarf, der noch zu decken ist, aber von den meisten nicht gedeckt werden kann, weil die Preise unerschwinglich sind. Auf dieses Mißverhältnis zwischen Einkommen und Preisgestaltung ist die gegenwärtige Absatzkrise zurückzuführen. Niemand wird behaupten wollen, daß die Kaufherren an den Inventurausverkäufen nichts verdienen. Aber hier hat der alte, solide Grundfah wieder Oberhand bekommen: Der Absatz muß es bringen. Während man sich sonst allgemein noch von der falschen Vorstellung leiten läßt, nur der möglichst hohe Aufschlag auf die einzelne Ware sei das Wesensmerkmal eines ordentlichen und umsichtigen Geschäftsmannes. Dieser Auffassung zuliebe läßt man die nicht umzusetzenden Bestände solange unproduktive „Zinsen freisen“, bis der Geschäftsinhaber an seiner „Umsicht“ zugrunde gegangen ist. Wenn ist die Bevölkerung gezwungen, sich selbst bei Wertminderungen eine schädliche und kraftverzehrende Einschränkung aufzuerlegen. Eine darübende Bevölkerung aber lähmt die Produktion, die Arbeitslosigkeit steigt und die Volkswirtschaft geht an der eigenfönnig hochgehaltenen Preispolitik zugrunde. Dagegen regen die aus der äußersten Maß zurückgesetzten Preise die Umsatztätigkeit an. Und es ist eine alte Erfahrungstatsache, je schneller das Geld rollt, um so besser geht es der Wirtschaft. Die Ausverkaufstage sollten den Kaufleuten eine ernste Lehre sein, sich im Sinne einer wesentlichen Preisreduzierung umzuwickeln. Dann ist ihnen, wenn sie auch etwas mehr arbeiten müssen, selbst geholfen. Und die breite Masse des Volkes vermag wieder menschenwürdig zu leben.

Das Erntergebnis von 1925. Das Statistische Reichsamt hat jetzt die endgültigen Schätzungsangaben der Ernte 1925 für das Deutsche Reich herausgegeben. Wie bereits nach den Beurteilungen der Saatenslandsverhältnisse zu erwarten war, konnte man für die neue Ernte mit erheblich günstigeren Ergebnissen als 1924 rechnen. Diese Erwartungen haben sich bei fast allen Fruchtarten erfüllt. Von Wichtigkeit sind vor allem die bedeutend höheren Erträge bei sämtlichen Arten des Wintergetreides, wodurch sich im ganzen eine größere Brotgetreideernte um 3,16 Millionen Tonnen oder 38 Prozent gegenüber 1924 ergibt. Darunter allein an Winterroggen, der Hauptbrotgetreidefrucht Deutschlands, um 2,38 Millionen Tonnen oder 42,6 Prozent. An Sommergetreide sind die Ergebnisse im allgemeinen etwas geringer ausgefallen, die Ursache liegt im verminderten Anbau. Die Hackfrüchte zeigen durchweg höhere Erträge, doch ist bei den Kartoffeln mit etwas geringerer Haltbarkeit zu rechnen. Auch die Ernte an Futterpflanzen wird im ganzen als größer angesehen, während Wiesenheu gegenüber dem Vorjahre etwas zurückblieb.

Aus dem Gewerbe

Sonderbare Inzidenzen. Für das Hilfspersonal des Berliner Leinwandgewerbes machte sich eine neue tarifliche Höheforderung erforderlich. Da die Unternehmer einen zehnprozentigen Lohnabbau, die Arbeitnehmer aber einen zehnprozentigen Lohnaufbau forderten, zerfielen sich die Verhandlungen. Daraufhin wurde der Schlichter zur Entscheidung angerufen. Dieser lehnte aber die Fällung eines Schiedsspruches ab. Er ersuchte die Parteien, sich selbst zu verständigen und betonte, daß jede Lohnherabsetzung für den Arbeiter eine große Härte sei. Gänge von einer Lohnherabsetzung aber das Weiterbestehen des Betriebes und damit auch die Weiterbeschäftigung der Arbeiter ab, dann müßte allerdings auch eine Herabsetzung der Löhne in Kauf genommen werden. Mit dieser Empfehlung wußten die Parteien nichts anzufangen. Deswegen wurde ein anderer Schlichter mit der Lösung beauftragt. Dieser fällte denn auch einen Schiedsspruch, durch den der bisherige Lohnvertrag bis 31. Mai 1926 mit folgenden Ausnahmebestimmungen verlängert wird:

„Sofern die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (im Dezember 1925 = 141,2) während der Vertragsdauer auf mindestens 138 sinkt, ermäßigen sich die Tarifsätze des bisherigen Abkommens um 5 Prozent, wenn sie auf mindestens 135 sinkt, um 8 Prozent. Wenn die Reichsindexziffer über 148 steigt, erhöhen sich die augenblicklichen Tarifsätze um den gleichen Prozentsatz, um den diese Zahl überschritten wird. Die neuen Tarifsätze treten gegebenenfalls mit der auf die Veröffentlichung der Indexziffer folgenden Woche in Kraft. Dieses Abkommen ist mit vierzehntägiger Frist erstmalig zum 31. Mai 1926 kündbar. Falls es nicht gekündigt wird, verlängert es sich jeweils um einen Monat.“

Es ist selbstverständlich, daß ein solcher Schiedsspruch von der Arbeiterschaft strikte abgelehnt werden muß. Denn er schafft einen doppelten Rechtsboden.

